

Macht "sexuelle Vielfalt" in Schleswig-Holstein Schule?

Von Frank Knittermeier








Ein schwules Paar Hand in Hand (Symbolbild)

Foto: dpa

Schleswig- olsteins Landesregierung musste bereits zwei Entwürfe für die Aufklärung  on Grundschulern zurückziehen.

Kiel. Die schl  ig-holsteinische Landesregierung ist mit ihrem Versuch, Grundschüler über "Sexuelle

Vielfalt" au  **klären**, bisher gescheitert. Der von Sozialministerin Kristin Alheit, SPD, in Auftrag gegebene Methodenschatz "Echte Vielfalt unter dem Regenbogen" ist bereits zweimal zurückgezogen worden, bevor er an die Schulen  geliefert werden konnte. Jetzt wird an einer dritten Version gearbeitet. Ein Erscheinungstermin steht noch nicht fest.

 Im Kern ging es der Ministerin darum, bei Grundschulern der dritten und vierten Klassen Vorbehalte gegenüber  n, Schwulen und Transsexuelle abzubauen. Grundlage ist ein Beschluss des Kieler Landtags aus dem Jahr  2014, einen Aktionsplan gegen Homophobie (Angst vor homosexuellen Menschen) in Grundschulen zu erarbeiten. Den Antrag hatten SPD, Grünen, Piraten, FDP und SSW gemeinsam gestellt. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde der Lesben- und Schwulenverband mit der Erstellung einer Broschüre beauftragt. Dieser Verband wiederum schaltete das Petze-Institut für Gewaltprävention in Kiel ein.

Das Ergebnis sorgte für heftige Diskussionen: In dem 90-seitigen "Methodenschatz für Grundschulen zu Lebens- und Liebesweisen" erkannten Elternverbände und CDU-Politiker schnell eine Verschiebung der Realitäten: Zwar wurde ausführlich beschrieben, dass zwei Männer oder zwei Frauen mit Kind und mehrere Transgender mit Kind ebenfalls als normale Familie zu akzeptieren sind, der unbunte Rest – Familie mit Mama, Papa und Kindern – aber eher als Ausnahme und Sonderfall dargestellt wurde. "Hin und wieder gibt es eine Mama und einen Papa", heißt es zum Beispiel in einem Diktattext.

Aber auch Politiker aus den Reihen der SPD sparten nicht mit Kritik. "Wenn Heterosexualität als nicht normal dargestellt wird, stimmt etwas mit der Gewichtung nicht", sagt Kai Vogel aus Elmshorn, stellvertretender Vorsitzender des Bildungsarbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion.

Nachdem einige Seiten des Methodenschatzes ins Internet gestellt worden waren, trafen Tausende von Protestbriefen von Elternverbänden aus ganz Deutschland in Kiel ein. Nach anfänglichem Sträuben zog Ministerin Kristin Alheit die Broschüre schließlich Anfang 2015 zurück und gab eine Überarbeitung in Auftrag. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Landesregierung bereits 20.000 Euro an den Lesben- und Schwulenverband

überwiesen.

Aber auch diese Überarbeitung fand nicht die Gnade des Ministeriums und des Instituts für Qualitätssicherung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) – Alheit zog auch die zweite Fassung zurück.

Das wiederum veranlasste den CDU-Landtagsabgeordneten Volker Dornquast aus Henstedt-Ulzburg, eine Kleine Anfrage an das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung zu stellen.

Warum, wollte er wissen, war der Methodenschatz nicht geeignet, vermutete Vorbehalte gegen Lesben, Schwule und Transsexuelle in Grundschulen abzubauen? Die Materialien entsprächen nicht dem aktuellen Stand der Grundschulpädagogik und -didaktik, teilte das Ministerium mit. Die Materialien seien sprachlich und aufgrund der thematischen Fokussierung für Grundschüler nicht altersgemäß gestaltet. "Nicht die Themen als solche sind problematisch, sondern die Art und Weise ihrer Bearbeitung", hieß es weiter.

Der FDP-Landtagsabgeordnete Heiner Garg wollte von der Landesregierung wissen, warum mit dem Lesben- und Schwulenverband eine Lobbygruppe mit der Erarbeitung des Methodenschatzes beauftragt wurde.

Elternverbände sprechen von einem Verstoß gegen das Vergaberecht. Ministerin Alheit bleibt eine Antwort schuldig, weist aber darauf hin, dass sie vom Landtag aufgefordert worden sei, gemeinsam mit dem Lesben- und Schwulenverband einen Aktionsplan gegen Homophobie zu erarbeiten. Im Übrigen stellt sie auch klar, dass neben den bereits gezahlten 20.000 Euro kein weiteres Geld fließen wird.

Für den SPD-Landespolitiker Kai Vogel ist klar, dass an dem Thema "Sexuelle Vielfalt" weitergearbeitet werden muss. Das Petze-Institut für Gewaltprävention ist inzwischen verstimmt: Zweimal wurde praktisch vergeblich an der Broschüre gearbeitet. Auskünfte über den aktuellen Überarbeitungsstand mag dort zurzeit niemand geben.

Wann die Broschüre für den Unterricht an Grundschulen einsetzbar ist, vermag Ministerin Kristin Alheit nicht zu sagen. Das bisher vorliegende Material soll aber nicht völlig im Papierkorb verschwinden. "Es wird in die

Fachanforderungen des Heimat-, Welt- und Sachunterrichts einbezogen", teilt Frank Lindscheid, Sprecher des Sozialministeriums, mit. Um die Lehrerschaft auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten, werde vom Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen aktuell geprüft, ob Veranstaltungen für Sexualerziehung und sexueller Vielfalt in den Fortbildungskatalog aufgenommen werden. Zurückfordern könne das Land die bereits ausgegebenen 20.000 Euro nicht. "Der Lesben- und Schwulenverband hat die beauftragte Leistung erbracht und die dafür vereinbarte Vergütung erhalten."